

focus

No. 25 (4/2015)

Community of Protestant Churches in Europe CPCE

25. Ausgabe

Europe. Europa. Europe.

Impressum

CPCE focus is the magazine of the Community of Protestant Churches in Europe, a community of 94 protestant churches from all over Europe.

Responsible: Michael Bünker.

Editor: Ingrid Monjencs.

Authors of this edition: Frank Dieter Fischbach, Thomas Flügge, Günter Frank, Anneli Jäätteenmaki, Katharina von Schnurbein, Verena Taylour.

Picture Copyrights: Pp.1.3.4-5.8-9.12.22 Fotolia DPC; Pp.3.16-19 CPCE; Pp.6.13 zVg; P21 Melanchthonhaus Bretten.

Translation: Elisabeth Frey, Elke Leypold, Dominique MacNeill, Julia Teschner.

Layout, preprint : bildwort.com/Thomas Flügge.

Print: Evangelischer Presseverband epv, Vienna.

ISSN 1997-0978.

Subscribe for free : www.leuenberg.eu.

Contact: news@leuenberg.eu



Contents

Einzigartig • 4



Der Dialog mit Kirchen, Religionen und Weltanschauungen bei der Europäischen Kommission. Von Katharina von Schnurbein.

La Communion d'Églises Protestantes en Europe à Bruxelles • 8

Climate Change • 12



The current European parliamentary term from 2014 to 2019 spans over a very interesting and demanding time. In the following, Climate change is an issue that can be considered relevant to every single EU member state, citizen and church. By Anneli Jäätteenmaki.

Zum Silbrenen des *focus*. • 16



Die Ökumene nach Sibiu. Ein Arbeitsgespräch.

Zweieinhalbtausend Menschen haben sich eine Woche lang vertragen. Das klingt unspektakulär. Und doch ist es erwähnenswert. Denn getroffen haben sie sich zur Abschlussstapfe der Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung. Und dass zwischen den sich dort treffenden Konfessionen von Zeit zu Zeit inhaltliche Differenzen bestehen, ist kein Geheimnis. Daran hat auch Sibiu nichts geändert. Zumindest wurden aus dem kleinen

rumänischen Städtchen nicht nur voneinander be-, sondern auch voneinander entgeisterte Stimmen laut. So spricht der österreichische reformierte Landessuperintendent Thomas Hemfeld von einer "blassen und kraftlosen offiziellen Ökumene". Der Ratsvorsitzende der EKD, Wolfgang Huber, stellt das "Ende der Konvergenzökumene" fest. Alles Falschmeldungen? Ein Gespräch mit Thomas Wipf und Michael Bunker auf Seite 2.



Ein Rückblick, Durchblick und Ausblick auf ein vierthundert Versuche, der Worte Herr zu werden. Von Thomas Flügge.

Philipp Melanchthon und Europa • 20

„Salus Europae postponitur rebus privatis – Das Wohl Europas wird privaten Interessen geopfert.“ Von Günter Frank.

The Council of Europe in Strasbourg • 22

Einzigartig.

**Der Dialog mit Kirchen, Religionen und Weltanschauungen bei der Europäischen Kommission.
Von Katharina von Schnurbein.**

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich zwischen den Institutionen der Europäischen Union Kirchen, Religionen sowie Weltanschauungen ein Dialog entwickelt, der in seiner Form wahrscheinlich einzigartig ist: Kirchen, Religionen und Weltanschauungen werden systematisch und zunehmend in politische Entscheidungsprozesse eingebunden.

Seit dem Inkrafttreten des Lissabonvertrages, 2009, ist die Union zudem rechtlich verpflichtet mit diesen Organisationen „in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags“ einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog zu führen.

Die Kommission betrachtet den Dialog als einen Austausch auf Augenhöhe, in dem die Dialogthemen gemeinsam festgelegt werden. In jüngster Zeit ging es um die Frage der Migration, den Kampf gegen Menschenhandel, die Klimapolitik und TTIP.

Nicht nur die Anzahl der Mitglieder, sondern insbesondere der ganzheitliche Ansatz der Kirchen, der in der Beziehung des Einzelnen zu Gott, den Menschen in den Mittelpunkt rückt, und deshalb anstatt Partikularinteressen das Gemeinwohl im Blick hat, macht die Kirchen für die Europäischen Institutionen zu einem wichtigen Gesprächspartner und die Protestantischen Kirchen sind einer der langjährigsten Dialogpartner.

Die christlichen Kirchen haben die Bedeutung des Europäischen Einigungsprozesses früh erkannt, sahen sie ihn doch als Chance für Versöhnung und Frieden auf dem Kontinent. Gleichzeitig entstanden in den 60er Jahren neue Herausforderungen mit der Bildung eines gemeinsamen Marktes und anderen Politikbereichen, die vergemeinschaftet wurden. Ähnlich wie die Europäischen Institutionen selbst, rangen auch die Kirchen um ihre Rolle in diesem Prozess. Die Botschaft der Kirchen, dass der Markt dem Menschen dienen





„Seit den 60er-Jahren gibt es einen Dialog zwischen Kirchen und EU Institutionen. Er wurde unter Jacques Delors („Europa eine Seele geben“) intensiviert. Präsident Barroso hielt unmittelbar nach Amtsantritt 2005 das erste hochrangige Treffen mit Religionsvertretern ab, seit 2009 gibt es hochrangige Treffen auch mit Weltanschauungsvertretern wie Humanisten und Freidenkern. Darüber hinaus finden auf der Arbeitsebene regelmäßig Seminare zu aktuellen EU-politischen Themen statt; alle öffentlichen Konsultationsprozesse stehen den Dialogpartnern außerdem offen.“

muss und nicht umgekehrt, ist und bleibt ein wichtiger Beitrag, auch mit Blick auf die Überwindung der Krise der vergangenen Jahre.

„Was hilft es uns, wenn wir den Euro retten und unsere Gesellschaft fällt auseinander?“ so unlängst der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Franz Timmermans, der in der Juncker Kommission für den Dialog mit Kirchen, Religionen und Weltanschauungen zuständig ist.

Bei einem Treffen mit hochrangigen Religionsvertretern im Juni 2015 zum Thema „Living together and disagreeing well“ erklärte Frans Timmermans, dass der Dialog mit den Kirchen, Religionen und Weltanschauungen nie wichtiger war als in unsere Zeit, in der wir in allen Ländern der Europäischen Union um ein friedvolles Miteinander in einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft ringen und mit Blick auf wachsenden Antisemitismus, Muslimenfeindlichkeit und auch Intoleranz gegenüber Christen großen Herausforderungen gegenüberstehen.

Welche Rolle und Ausdrucksformen Religion im öffentlichen Raum einnehmen darf und muss, wird in den kommenden Jahren ein zentrales Thema sein.

Die EU Kommission hat deutlich gemacht, dass die Trennung von Kirche und Staat und eine daraus folgende „Neutralität“ der Institutionen gegenüber Religion, nicht Abwesenheit von Religion bedeutet. Vielmehr muss gewährleistet sein, dass jeder seine Glaubensüberzeugungen so lebt, wie er es für richtig befindet, solange diese rechtskonform sind. Nicht erst seit den Attacken in Paris im Januar steht zudem die

Frage im Raum, ob es Grenzen der Meinungsfreiheit gibt und wenn ja, wo sie liegen.

Die Fragen, welche Verantwortung Freiheit mit sich bringt und wie man respektvolles Zusammenleben gestaltet sind nicht neu, sie sind gleichsam ein Urthema der christlichen Kirche. Dietrich Bonhoeffer hat die Latte hoch gelegt: „Zur Freiheit des Anderen gehört all das, was wir unter Wesen, Eigenart, Veranlagung verstehen, gehören auch die Schwächen und Wunderlichkeiten, die unsere Geduld so hart beanspruchen, gehört alles, was die Fülle der Reibungen, Gegensätze und Zusammenstöße zwischen mir und dem Andern hervorbringt.“

Während diese Herausforderungen EU-weit zu beobachten sind, und deshalb auch im Rahmen des Dialogs besprochen werden, obliegen sowohl die gesellschaftspolitische Analyse dieser Fragen, sowie die Reaktion darauf, als auch staatskirchenrechtliche Angelegenheiten den jeweiligen Mitgliedstaaten.

Angesichts der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, sowie konkreter EU-politisch relevanter Politikvorschläge wird sich der Dialog in den kommenden Jahren weiter erweitern und vertiefen sowie gezielte Instrumente wie Dialogseminare, ad hoc Konsultationen, und bilaterale Gespräche so einsetzen, dass die Stimme der Dialogpartner im EU Entscheidungsprozess gehört wird.

Katharina von Schnurbein ist seit 2012 Koordinatorin des Dialogs mit Kirchen, Religionen und Weltanschauungen bei der Europäischen Kommission.

The European Commission's dialogue with churches, religions and philosophical and non-confessional organisations

In past decades, a seemingly quite unique form of dialogue has developed between the institutions of the European Union and the churches, religions and philosophical and non-confessional organisations, who are becoming systematically and increasingly involved in political decision-making processes. Since the Lisbon Treaty came into force in 2009, the EU is in fact legally obliged to enter into open, transparent and regular dialogue with these organisations “recognising their identity and their specific contribution.”

The Commission believes that dialogue should be conducted on equal footing and address co-determined issues – the most recent subjects being migration, the fight against human trafficking, climate policy and the TTIP.

Besides their membership numbers, in particular it is the churches' all-encompassing belief – based on God's relationship with individuals – in placing people at the heart of their concerns and considering the common good rather than vested interests that makes them such an important interlocutor for the European institutions. The Protestant churches are some of the longest-standing participants in this dialogue.

The Christian churches quickly recognised the importance of European integration, seeing it as a chance for reconciliation and peace on the continent. At the same time, new challenges emerged in the 1960s regarding the creation of a common market and establishing Community policy in specific political spheres. In a similar way to the European institutions themselves, the churches also strove to carve out their own particular role in this process. The churches' stance that the market must serve the people rather than the other way round has always been an important message, and has remained so regarding efforts to overcome the crisis of recent years.

Franz Timmermans, First Vice-President to Jean-Claude Juncker in the European Commission and responsible for dialogue with the churches, religions and philosophical and non-confessional organisations,

recently pondered: “What's the use of saving the Euro if our society falls apart?”

When he met with eminent religious representatives in June 2015 to explore the subject of “Living together and disagreeing well”, Timmermans explained that dialogue with the churches, religions and philosophical and non-confessional organisations has never been more important. For inhabitants of all the EU member states are currently searching for a means of peaceful coexistence in an increasingly diverse society, and major challenges have arisen in the form of growing anti-Semitism, hostility toward Muslims, and intolerance of Christians.

The role and forms of expression that religion will be permitted and required to perform in the public sphere are set to become a key subject of debate. The European Commission has made it quite clear that the separation of church and society and the institutions' resulting “neutrality” towards religion does not signify the absence of religion, but rather that people must be allowed to exercise their religion however they see fit – as long as this does not breach prevailing laws. The question also arises (and not just since the attacks in Paris this January) whether freedom of opinion should be subject to any limits and, if so, where these might lie.

The need to consider the responsibilities attached to freedom and how we can live together respectfully is nothing new, but has been one of the Christian Church's intrinsic concerns from the very start. Dietrich Bonhoeffer set a very high standard with his view that “The freedom of the other person includes all that we mean by a person's nature, individuality, endowment. It also includes his weaknesses and oddities, which are such a trial to our patience, everything that produces frictions, conflicts, and collisions among us.”

Whilst these kinds of challenges can be seen throughout the EU, which is also why they are addressed in this dialogue, the socio-political analysis of these matters and reactions to them, along with state-church legal issues, actually fall under the jurisdiction of the individual member states.

In regard to formidable socio-political challenges and the EU's formulation of concrete political proposals, this dialogue will continue to spread and intensify over the coming years, as focused devices such as seminars, ad hoc consultations and bilateral talks are deployed to ensure that the voice of these participants is heard within the decision-making process of the European Union.

The Community of Protestant Churches in Europe in Brussels

Since 2004 the main office of the Community of Protestant Churches in Europe (CPCE) has seconded a staff member to the Brussels office of the Conference of European Churches (former Church and Society Commission of CEC). This kind of co-operation on the one hand accounts for the desire of CPCE to also make a common Protestant voice being heard at the European Institutions and on the other hand complies with the spirit of the Leuenberg Agreement “to promote the ecumenical fellowship of all Christian churches” (LA 46). But it is also an expression of political common sense as it still holds true that the European Institutions are most likely to pay attention to the churches and their arguments if these speak with a common voice.

The presence of CPCE in Brussels is based on the discernment which took hold in the Protestant churches in Europe in the wake of WW II, namely that the European unification process offered a chance for reconciliation and peaceful co-existence in Europe: this chance was to be seized from the point of view of the Protestant

Churches’ own proclamation and to be supported. Interestingly enough this changed a perception: if on one side Protestantism because of its history can be considered a bit provincial and regional, the dynamic of CPCE led to an understanding of “Unity in reconciled diversity” of Protestant churches in Europe, which is close to the secular self-description of the European political unification process by the European Institutions.

On this basis CPCE is looking for dialogue with the European Institutions in the ecumenical context. This common ecumenical dialogue is situated at several levels and touches on a variety of topics such as human rights, ecology and climate policy, bioethics, education, social and employment issues.

But the voice of CPCE is also specifically audible. During its meeting in January 2015 in Budapest the Board of CPCE on the occasion of the terrorist attacks on “Charlie Hebdo” and the Jewish super market adopted a statement, which notably deals with the Protestant



Made Belgium famous, but stand in no connection to the Churches' choice for Brussels...

understanding of the relationship between freedom of religion and freedom of expression in our societies. It is worth mentioning that the 1st Vice-President of the European Commission, Frans Timmermans, immediately quoted from this statement in a publication which, although private, was widely spread in the EU circles in Brussels.

All the same one cannot avoid to note how much the idea of European unity has come under pressure in Europe in the last years due to profound crises: first the so called Economic - and Euro crisis, which lasts since far too long and has created social divisions and rejections, which in the meanwhile also seem to impact on the relationship between the member states and their societies, and most recently the refugee drama. Under this immense pressure - in a way it's a permanent stress test of politics – there is a danger that the variety and diversity in Europe unleash and amplify centrifugal forces, which render impossible necessary common European politics. In the ecumenical interaction the task of CPCE's dialogue with the European Institutions therefore remains to raise a critical but constructive voice and to promote a European Economic and Monetary Union, which from the beginning includes social and ecological issues in its reflection and to be committed to a human common European refugee policy.

Finally, this dialogue proves that Protestant Christians still remain in the European Institutions for whom the exchange with “their churches” on socio-political and socio-ethical questions is meaningful for their professional life.

Revd. Frank-Dieter Fischbach has been working as the CPCE's liaison officer in Brussels since March 2011 on secondment from the Protestant Church in the Rhineland. The CPCE's presence in Brussels is co-financed by the Evangelical-Lutheran Church in Württemberg.



La Communion d'Églises Protestantes en Europe à Bruxelles

C'est depuis 2004 que le Secrétariat de la Communion d'Églises protestantes en Europe détache une personne pour travailler au Bureau de la Conférence des Églises Européennes (auparavant: Commission Église et Société de la KEK) à Bruxelles. Cette forme de collaboration répond d'une part à la conviction de la CEPE que le protestantisme doit parler d'une voix commune, y compris au niveau des Institutions européennes; elle répond en même temps à l'impératif de la Concorde de Leuenberg «de servir la communion œcuménique de toutes les Églises chrétiennes» (CL 46). Mais cette présence est également l'expression d'une intelligence politique, tant il est vrai que les Institutions Européennes prêtent plus volontiers l'oreille aux Églises et à leurs arguments si celles-ci les articulent d'une même voix.

Ce qui est fondamental pour la présence à Bruxelles c'est la ferme conviction acquise par l'ensemble des Églises chrétiennes en Europe après la 2^{de} Guerre mondiale que le processus d'unification européenne constitue une chance pour la réconciliation et la vie commune des peuples dans une Europe pacifiée et que cette perspective devait être saisie et soutenue par la proclamation propre des Églises protestantes. Il est intéressant de noter que cette évolution devait modifier la perception même du protestantisme européen: si l'on est en droit d'attester à celui-ci, en raison de son histoire, une certaine forme de provincialisme et de régionalisme, la dynamique de la CEPE a conduit à une compréhension de « l'unité dans la différence (respectivement la diversité) réconciliée » des Églises protestantes en Europe, une perception sans doute assez proche de l'auto-description séculaire du processus politique d'unification européenne par le biais des Institutions européennes.

C'est sur cette base que la CEPE cherche, dans le contexte œcuménique, le dialogue avec les Institutions Européennes. Ce dialogue œcuménique commun a lieu à divers niveaux et concerne une diversité de thèmes, tels que les droits humains, l'écologie, la politique climatique, la bioéthique, la formation, le domaine social et l'emploi.

Dans ce dialogue la Communion d'Églises protestantes en Europe sait fort bien faire entendre sa voix spécifique. C'est ainsi que le Conseil de la CEPE avait p. ex. adopté,

lors de sa séance de janvier 2015 à Budapest, une déclaration à propos des attentats commis à Paris contre la rédaction de « Charlie Hebdo » et un supermarché juif qui met l'accent sur la compréhension évangélique du rapport entre liberté de religion et liberté d'expression dans nos sociétés. Il est dès lors intéressant de voir que le premier Vice-président de la Commission européenne, Frans Timmermans, a sans tarder renvoyé ses lecteurs, lors d'une communication privée via Internet et largement disséminée dans les organes de l'UE à Bruxelles, à des citations tirées de cette déclaration.

On est néanmoins obligé de constater que l'idée de l'unité européenne au sein de l'UE a été soumise à rude épreuve en raison des crises durables que l'Europe connaît depuis quelques années : d'abord la crise économique et celle de l'Euro, qui dure depuis trop longtemps et qui a causé des divisions sociales et des mouvements de rejet, mouvements qui entretemps produisent leurs effets sur les rapports entre États membres et leurs sociétés, comme le fait d'ailleurs autant le drame actuel des réfugiés. Sous le poids de cette pression immense – quasiment un test stress permanent de la politique – il y a le risque de voir la diversité et la différence en Europe donner naissance et accroître des forces centrifuges rendant impossible une politique européenne cohérente indispensable pour remédier au cours des événements. Dans le contexte de la concertation œcuménique le dialogue de la CEPE avec les Institutions européennes devra continuer à faire valoir son point de vue critique mais constructif, en s'engageant en faveur d'une politique économique et monétaire qui intègre, dès le départ, le domaine social et celui de l'écologie, tout comme une politique humanitaire commune à l'échelle européenne concernant les réfugiés.

Enfin, en s'engageant dans ce dialogue on a la chance de découvrir et de percevoir le fait qu'il existe, de nos jours comme par le passé, des chrétiens et chrétiennes protestant(e)s dans les Institutions européennes pour lesquel(le)s l'échange en matière de politique sociale et de questions socio-éthiques avec « leurs Églises » est d'une pertinence toute professionnelle.

Le pasteur Frank-Dieter Fischbach est détaché depuis mars 2011 par l'Église protestante de Rhénanie pour servir d'agent de liaison de la CEPE aux Institutions européennes à Bruxelles. La présence de la CEPE à Bruxelles bénéficie également d'un appui financier de l'Église protestante du Wurtemberg.

Die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa in Brüssel

Seit 2004 entsendet die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa einen Mitarbeitenden in das Büro der Konferenz Europäischer Kirchen (früher: der Kommission für Kirche und Gesellschaft der KEK) in Brüssel. In dieser Art der Kooperation soll einerseits dem Anliegen der GEKE Rechnung getragen werden, eine gemeinsame protestantische Stimme auch bei den europäischen Institutionen vernehmbar werden zu lassen, als auch der Ausrichtung der Leuenberger Konkordie Folge geleistet werden, „der ökumenischen Gemeinschaft aller christlichen Kirchen zu dienen“ (LK 46). Es steckt allerdings auch politische Vernunft darin, da nach wie vor gilt, dass die Europäischen Institutionen am ehesten bereit sind, den Kirchen und ihren Argumenten Aufmerksamkeit zu widmen, wenn sie diese gemeinsam äußern.

Grundlegend für diese Präsenz in Brüssel ist die nach dem 2. Weltkrieg sich in den evangelischen Kirchen in Europa mit Nachdruck durchsetzende Erkenntnis, dass der europäische Einigungsprozess eine Chance auf Versöhnung und friedliches Zusammenleben in Europa bietet, die von der eigenen Verkündigung der evangelischen Kirchen her zu ergreifen und zu unterstützen war. Interessanterweise veränderte sich damit eine Wahrnehmung: Kann man einerseits dem Protestantismus in Europa aufgrund seiner Geschichte eine gewisse Provinzialität und Regionalität attestieren, führte die Dynamik der GEKE zu einem Verständnis von „Einheit in versöhnter Verschiedenheit (bzw. Vielfalt)“ evangelischer Kirche in Europa, das durchaus in einer gewissen Nähe zu der säkularen Selbstbeschreibung des europäischen politischen Einigungsprozesses durch die europäischen Institutionen liegt.

Auf dieser Grundlage sucht die GEKE im ökumenischen Kontext den Dialog mit den Europäischen Institutionen. Dieser gemeinsame ökumenische Dialog findet auf vielen Ebenen und zu einer Vielfalt an Themen, wie insbesondere Menschenrechte, Ökologie und Klimapolitik, Bioethik, Bildung, Soziales und Beschäftigung statt.

Darin findet die Stimme der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa durchaus auch ihr spezifisches Gehör. So verabschiedete z.B. der Rat der GEKE auf seiner Tagung im Januar 2015 in Budapest anlässlich der Anschläge in Paris auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ sowie auf einen jüdischen Supermarkt eine

Stellungnahme, die sich insbesondere mit dem evangelischen Verständnis des Verhältnisses von Religions- und Meinungsfreiheit in unseren Gesellschaften befasst. Immerhin wies der 1. Vize-Präsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, in einer privaten, aber im EU-Brüssel verbreiteten Veröffentlichung im Internet mit Zitaten auf diese Stellungnahme unverzüglich hin.

Gleichwohl wird man bemerken müssen, wie stark der Gedanke der europäischen Einheit in der EU in den letzten Jahren durch tiefgreifende Krisen unter Druck geraten ist, zunächst durch die sogenannte Wirtschafts- und Eurokrise, die bereits viel zu lange anhält und soziale Spaltungen und Verwerfungen erzeugt hat, die mittlerweile auch auf das Verhältnis der Mitgliedstaaten und ihrer Gesellschaften zueinander durchzuschlagen scheinen, als auch ganz aktuell durch das Flüchtlingsdrama. Unter diesem immensen Druck – gewissermaßen einem permanenten Stresstest der Politik – besteht die Gefahr, dass Vielfalt und Verschiedenheit in Europa zentrifugale Kräfte freisetzen und verstärken, die eine eigentlich im wahrsten Sinne des Wortes notwendige gemeinsame europäische Politik verunmöglichen. Aufgabe des Dialogs der GEKE mit den europäischen Institutionen bleibt dabei im ökumenischen Zusammenspiel die kritische, aber konstruktive Stimme mit zu erheben, sich für eine europäische Wirtschafts- und Währungspolitik stark zu machen, die Soziales und Ökologie von Beginn an mitdenkt, und für eine gemeinsame europäische, humane Flüchtlingspolitik einzutreten.

In diesem Dialog kann schließlich entdeckt und wahrgenommen werden, dass es nach wie vor evangelische Christenmenschen in den europäischen Institutionen gibt, für die der Austausch mit „ihren Kirchen“ zu gesellschaftspolitischen und sozialetischen Fragen eine durchaus professionelle Bedeutung hat.

Pfr. Frank-Dieter Fischbach wird seit März 2011 von der Evangelischen Kirche im Rheinland auf die GEKE-Verbindungsstelle in Brüssel entsendet. Die Präsenz der GEKE in Brüssel wird auch von der Evangelischen Landeskirche in Württemberg finanziell unterstützt.



Climate Change

The current European parliamentary term from 2014 to 2019 spans over a very interesting and demanding time. In the following, Climate change is an issue that can be considered relevant to every single EU member state, citizen and church. By Anneli Jäätteenmäki.

Anthropogenic climate change is the single biggest challenge of our times, maybe of all times. As the causes of climate change are now almost universally accepted, there is no need to go into detail in here. Suffice it to say that fossil fuels have made a lot of progress possible. Now the tide has turned. In short, the challenge is not the science behind climate change.

The challenge is all of us. It is the fiendishly difficult task of collective action to reverse the direction, to stop the negative feedback loop that threatens our ecosystems, biodiversity, polarises weather and places the least prepared and the weakest to most danger. Life, in itself, is in irreversible danger in many places of the Earth.

The churches should have a very strong message in climate change mitigation. For we, as lawmakers, can easily be distracted from thinking in a systemic and long term way. There is always a small or a bigger crisis going on that requires instant attention. This is very unfortunate but often the case. It is very hard to look near and far at the same time.

Let me give an example. The European Union has an emission trading scheme, called the ETS. The idea is to reduce the harmful greenhouse gas emissions by limiting, or "capping", the total amount of emissions.

The emission allowances, a kind of licenses to pollute, are traded in an artificial market place, which should ensure that emission limitation efforts are automatically geared towards the most cost-efficient ways.

However, mainly because of the financial crisis and the subsequent lowering of economic activity, the price of allowances has dramatically dropped. The price does not have a steering effect. The carbon market does not work anymore. There has been a lot of tweaking to make it relevant but to almost no avail as of today.

All this tinkering and bartering could have been avoided if there was a stronger long term vision that would go much further than one legislature or one economic crisis. New legislatures and economic downturns will always come.

There is an inbuilt paradox for long term planning in democratic societies. The basic principle is that one cannot make binding commitments on behalf of lawmakers elected in the future. Yet these kind of commitments are exactly what is needed if climate change would be seriously tackled! Furthermore, there are conflicting interests and plenty of those who are not thinking that climate change would have any relevance for their personal well being.

Churches, by definition, are more turned towards long timespans, often the eternal. Their responsibility as message bringers from past generations to the next and beyond brings us hope. By hope I do not mean a passive attitude of waiting for something positive to happen but an active proclamation of the message that we hold the future in our own hands.

It is not too late to act decisively. In that act, everybody has a role to play. The protestant church has been one cornerstone in my life as a lawmaker and human being. I do believe that it will continue to be as such in the future, too. Let us together send a strong message of stewardship and protection of this one Earth for the benefit of future generations.

Anneli Jäätteenmäki, Vice-President of the European Parliament, Member of the Environment, Public Health and Food Safety Committee, Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe, Finland.

Le changement climatique et l'Église

Le mandat parlementaire européen actuel de 2014 à 2019 couvre une période très intéressante et exigeante. Dans ce qui suit, j'aborderai le changement climatique. Cette question peut être considérée comme concernant chaque État membre, citoyen et église de l'UE.

Le changement climatique anthropique constitue le plus gros défi de notre époque, peut-être même de tous les temps. Il n'est pas nécessaire d'entrer dans les détails ici, puisque les causes du changement climatique sont désormais presque universellement reconnues. Je dirai tout simplement que les combustibles fossiles ont permis beaucoup de progrès. Maintenant, le vent a tourné. En un mot, ce n'est pas l'aspect scientifique des changements climatiques qui constitue le défi.

Le défi, c'est nous tous. C'est la tâche extrêmement difficile de l'intervention collective pour inverser la direction, pour arrêter la boucle de rétroaction négative qui menace nos écosystèmes, notre biodiversité, qui polarise le temps et expose les moins préparés et les plus faibles au plus grand danger. La vie elle-même est confrontée à un danger irréversible dans de nombreux endroits de la Terre.

Les églises devraient avoir un message puissant sur l'atténuation des changements climatiques, car nous, les législateurs, nous pouvons facilement nous laisser



distraindre et ne pas penser de manière systémique et à long terme. Il y a toujours une crise plus petite ou plus grosse qui réclame notre attention immédiate. C'est très regrettable, mais c'est souvent le cas. Il est très difficile de regarder à la fois tout près de soi et dans le lointain.

Permettez-moi de vous donner un exemple. L'Union européenne dispose d'un système d'échange de quotas d'émission que l'on appelle le SCEQE. L'idée est de réduire les émissions nocives de gaz à effet de serre en limitant, ou en « plafonnant », la quantité totale des émissions.

Les quotas d'émission, une sorte de permis de polluer, sont échangés sur un marché artificiel qui devrait s'assurer que les efforts pour limiter les émissions sont automatiquement orientés vers les moyens les plus rentables.

Cependant, le prix des permis a chuté considérablement principalement en raison de la crise financière et de la baisse subséquente de l'activité économique.

Le prix n'a aucun effet incitatif. Le marché du carbone ne fonctionne plus. Beaucoup d'ajustements ont été effectués pour le rendre pertinent, mais presque en vain à ce jour.

Tout ce bricolage et ce troc auraient pu être évités avec une vision à long terme plus forte allant bien plus loin qu'une législature ou une crise économique. Il y aura toujours de nouvelles législatures et de nouveaux ralentissements économiques.

Il y a un paradoxe intrinsèque en ce qui concerne la planification à long terme dans les sociétés démocratiques. En principe, on ne peut pas prendre d'engagements contraignants pour le compte des législateurs qui seront élus à l'avenir. Pourtant ce type d'engagements

est précisément ce qu'il nous faut si l'on veut véritablement lutter contre les changements climatiques !

Par ailleurs, il y a des conflits d'intérêts et beaucoup de gens ne pensent pas que les changements climatiques auraient une incidence sur leur bien-être personnel.

Par définition, les églises sont plus tournées vers les périodes plus étendues, souvent vers l'éternel. Leur responsabilité en tant qu'annonceurs du message des générations précédentes aux générations suivantes et au-delà nous donne de l'espoir. Par « espoir », je ne veux pas dire une attitude passive qui consiste à attendre que quelque chose de positif se passe, mais plutôt proclamer activement le message que nous tenons l'avenir entre nos mains.

Il n'est pas trop tard pour agir avec résolution. En cette action, chacun a un rôle à jouer. L'Eglise protestante a été une pierre angulaire dans ma vie de législatrice et d'être humain. Je crois fermement qu'elle continuera de l'être à l'avenir aussi.

Envoyons ensemble un message puissant de bonne intendance et de protection de cette Terre unique au bénéfice des générations futures.

Anneli Jäätteenmäki, vice-présidente du Parlement européen, membre du Comité sur l'environnement, la santé publique et la sécurité alimentaire, Groupe Alliance des Démocrates et des Libéraux pour l'Europe, Finlande.



Zum Silbernen des focus.

Ein Rückblick, Durchblick und Ausblick auf ein viertelhundert Versuche, der Worte Herr zu werden.
Von Thomas Flügge.

Am Anfang war das Wort. Das wissen die Kirchen. Darum schreiben sie. Regelmässig, viel, und mit eigenem Wortschatz. Das kirchliche Mitteilungsbedürfnis ist vorhanden. Ausgeprägt. Nach aussen, nach innen, nach oben, nach links und rechts.

Auch die GEKE hat schon immer viel geschrieben. Es sind ja auch hundert Kirchen, da kommt einiges zusammen. Wer wann was mit wem macht. Und warum. Wozu Position bezogen wird. Und gegenüber wem. Der Überblick droht verloren zu gehen.

2002 hiess die Lösung: Ein Rundbrief. Einfacher Name, klares Konzept. Handelsübliche A4-Blätter wurden mit der maximal möglichen Zeichenzahl bedruckt. Werden die Ränder weggelassen, geht mehr aufs Blatt. Und wenn die Schrift kleiner wird. Ganz wichtig: keine Bilder.

Was respektlos klingt, ist nicht so gemeint. Der Rundbrief hat über viele Jahre gute Dienste geleistet und entsprach der Lesegewohnheit des Referenten-an-sich in einem Landeskirchenamt-an-sich: Die Lesemappe im Rundverteiler kam, wurde durchgearbeitet und weitergeleitet.

Doch Selbstverständnisse ändern sich. Die GEKE zog 2007 aus dem wuchtigen Baudenkmal „Evangelischer Oberkirchenrat“ der Berliner Lebensstrasse ins Evangelische Zentrum im eleganten Nordwesten Wiens. Statt Bahnhof Zoo nun Sternwartepark. Der Umzug erzeugte Aufbruchsstimmung.

Hochwertige Inhalte waren vorhanden. Hinzu kam die Vorstellung, diese Inhalte auch ansprechend zu verpacken. Als Lesehilfe, nicht als unnötiger Schmuck. Als Schlüssel für die Botschaften in den Texten. Denn mit





den Jahren veränderten sich die Gewohnheiten der Leserinnen und Leser.

Der *focus* ward geboren. Nur wenige Monate nach dem Umzug der GEKE nach Österreich erblickte die erste Ausgabe im September 2007 das Licht der Druckerpresse. Wie zuvor mit Berichten aus der GEKE-Arbeit. Jetzt aber begleitet von erläuternden Bildern, auflockernden Rubriken und hintergründigen Interviews.

Ein solches Interview hat den Reigen der nunmehr 25 *focus*-Ausgaben begonnen. Thomas Wipf, damals Präsident der Gemeinschaft, und ihr noch heute amtierender Generalsekretär Michael Bünker sprachen wenige Tage nach der grossen europäischen ökumenischen Versammlung im rumänischen Sibiu über den Stand der Ökumene. Zwiespältig war die Reaktion der beiden GEKE-Stimmen auf die Abschlussetappe der Versammlung, die zweieinhalbttausend Kirchenvertreter zusammenbrachte und wieder auseinander gehen liess, ohne einen spürbaren Eindruck hinterlassen zu haben. „Die Evangelischen sind selbstbewusster geworden. Sie kennen nun auch ihre Grenzen.“ Das Resümee des Generalsekretärs fiel kritisch aus. Die Reaktionen auf das Interview waren durchweg positiv. Der *focus* hatte sich platziert.

Eine Mischung aus Information, Hintergrund und Meinung ist es, was den *focus* noch heute ausmacht. Die einzige Berichterstattung der evangelischen Kirchen auf europäischer Ebene. Und ein Zeitzeichen der letzten Jahre. Das 35. Jubiläum der Leuenberger Konkordie wurde 2008 mit Karikaturen begangen. Kurz darauf präsentierte der *focus* das neue Logo der GEKE. Die Vollversammlung in Florenz wurde vorgestellt, genauso wie 2010 das Projekt der Europäischen Reformationsstädte. Die bis heute wegweisende Studie zu Fragen zum Ende des Lebens war Thema. Der neue Rat stellte sich 2012 im *focus* vor, ein Jahr bevor das 40. Jubiläum der Konkordie gefeiert wurde. Die erste Ausgabe 2014 trug ein gänzlich schwarzes Titelblatt, einzig durch die Jahreszahl 1914 unterbrochen. Nur zwei Hefte weiter ist das friedliche Europa Inhalt des aktuellen, des 25. Heftes.

Am Anfang war das Wort. Die Kirchen schreiben. Und die Gewohnheiten ändern sich. Wohin die Reise geht, ist ungewiss. Der Rundbrief, der *focus* oder ein neues Format wird all dies begleiten. Das wünsche ich der evangelischen Stimme in Europa.

Thomas Flügge ist Öffentlichkeitsbeauftragter des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes in Bern. Seit der Gründung Layouter des focus, bis Mitte 2011 auch dessen Redakteur.



Marking the Silver Edition of focus.

Looking back, through and forward after a quarter-century of editions grappling with words. By Thomas Flügge.

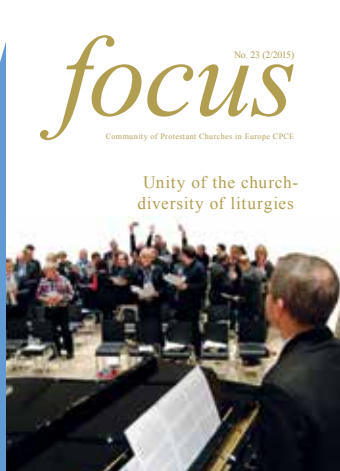
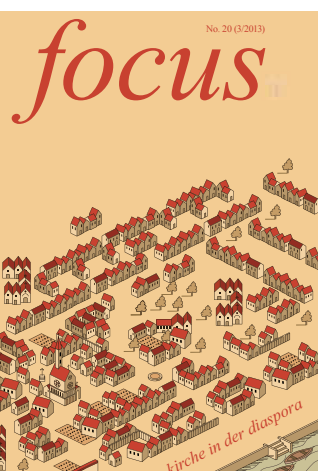
In the beginning was the Word. The Churches know this. And so they write. Regularly, copiously and with their own vocabulary. The Church feels the need to communicate. Acutely. Outwards, inwards, upwards, left and right. And the CPCE has always written a lot, too. There are hundreds of member churches, so the volume adds up. Who is doing what, when, with whom? And why? What the latest opinions concern? And whom do they address? There's a risk of losing all oversight.

In 2002, the idea was born to publish a newsletter. With a simple name and clear concept. As many lines as possible were printed onto standard A4 sheets. You can squeeze more in by removing the margins – and by shrinking the font size. And by no means include

any pictures. If this sounds disrespectful, it's really not meant that way. The newsletter served its purpose very well for many years and met the communication needs of your average officer in a major church office – the circulated pamphlets dropped through the letterbox, were scoured for information and then passed on to the next reader. But all things change over time.

In 2007, the CPCE moved out of the monumental “Protestant Senior Church Council” building in Berlin's Jebens Street and into the Protestant Centre, Vienna, in the city's elegant north-western district – near Vienna's Observatory Park instead of Berlin's Bahnhof Zoo. The move inspired a sense of new beginning. High-brow subject matter was there for the taking. The plan was also to package this content appropriately. As an aid to reading, not for frills – a key to the messages contained in the texts. After all, reading habits change over the years.

And so focus was born. The first edition came off the press just a few months after the CPCE relocated to Austria, in September 2007. It still covered the work



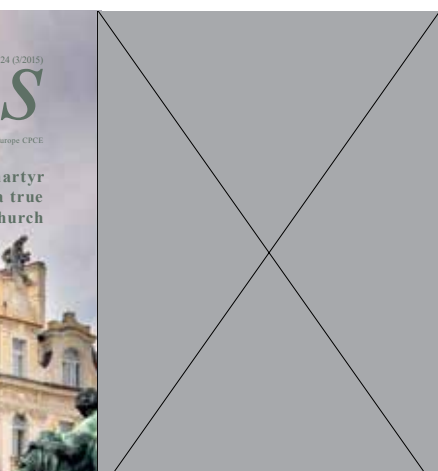
of the CPCE, but now also included explanatory images, more light-hearted sections and in-depth interviews. It was one of these interviews that kicked off the very first of by now 25 editions of focus. Thomas Wipf, the President of the CPCE at the time, and its ongoing General Secretary Michael Bünker spoke about current-day ecumenism shortly after the huge European ecumenical gathering in the Romanian city of Sibiu. The reactions from these two representatives of the CPCE were divided over the final stage of the meeting, which had brought together two-and-a-half thousand church representatives and let them go their separate ways again without any tangible outcome. “Protestants have become more self-confident. But they now also know their limitations.” – the General Secretary’s conclusion was critical. Reactions to the interview were thoroughly positive. focus had carved its niche.

A mixture of information, insights and opinion continues to form the essence of focus to this day. It is the only Protestant Church newspaper to cover all Europe. It has closely reflected recent times. The 35th anniversary of the Leuenberg Agreement was celebrated with cartoons

in 2008. Shortly thereafter, focus unveiled the CPCE’s new logo. The General Assembly in Florence was covered, as was the launch of the Cities of the Reformation project in 2010. focus also presented the most definitive study yet into issues regarding the end of life. The new Council introduced itself in focus just prior to the celebrations of the 40th anniversary of the Leuenberg Agreement the following year. The first edition for 2014 bore an entirely black front page, save for the figure “1914”. Just two issues later, peaceful Europe forms the subject of the current 25th edition.

In the beginning was the Word. The churches write. And habits change. We cannot know where this journey will take us. But the newsletter, focus or whatever new format will accompany and record it. This is my wish for the voice of Protestantism in Europe.

Thomas Flügge is public relations officer of the Federation of Swiss Protestant Churches based in Bern. He was the editor of focus until mid-2011 and has remained responsible for its layout since the start.



Philipp Melanchthon und Europa

**„Salus Europae postponitur rebus privatis – Das Wohl Europas wird privaten Interessen geopfert.“
Von Günter Frank.**

Dieses harsche Urteil hatte Melanchthon an einige seiner Zeitgenossen adressiert, die das Wohl Europas durch private, politische und kirchliche Vorlieben und Interessen zu opfern drohten. Dabei hatte Melanchthon wie vielen anderen Humanisten in der Frühen Neuzeit ein klares, und für unsere Gegenwart richtungsweisendes Bild von Europa vor Augen gestanden: Europa als ein System souveräner Staaten, das durch eine gemeinsame Kultur verbunden und auf Friedenssicherung aus ist. Für die Humanisten stand diese Kultur auf drei Säulen, wie dies auch die Kunstfenster der Westfassade des Melanchthonhauses zum Ausdruck bringen: Athen (Literatur, Philosophie), Jerusalem (Offenbarungsreligion) und Rom (bürgerliche Rechte). Diese Idee vereinte die Humanisten im ganzen damaligen Europa. Völlig zu Recht hatte deshalb der Erbauer des Melanchthonhauses, Prof. Dr. Nikolaus Müller, die Gedächtnishalle des Museums als ein europäisches Netzwerk konzipiert, als ein Netz, das führende Städte Europas untereinander verbindet: zwischen Reval und Venedig, zwischen Breslau und Genf.

Diese europäische Dimension des Zeitalters der Reformation dokumentiert auch der gewaltige Briefwechsel Melanchthons, der unter den Reformatoren wohl nur von Heinrich Bullinger übertroffen wurde. Fast 10.000 Briefe aus seiner Feder und an ihn adressiert sind erhalten und werden in einer kritischen Edition der Melanchthon-Forschungsstelle der Heidelberger Akademie der Wissenschaften herausgegeben. Nicht nur in seinen Schriften, sondern gerade auch in

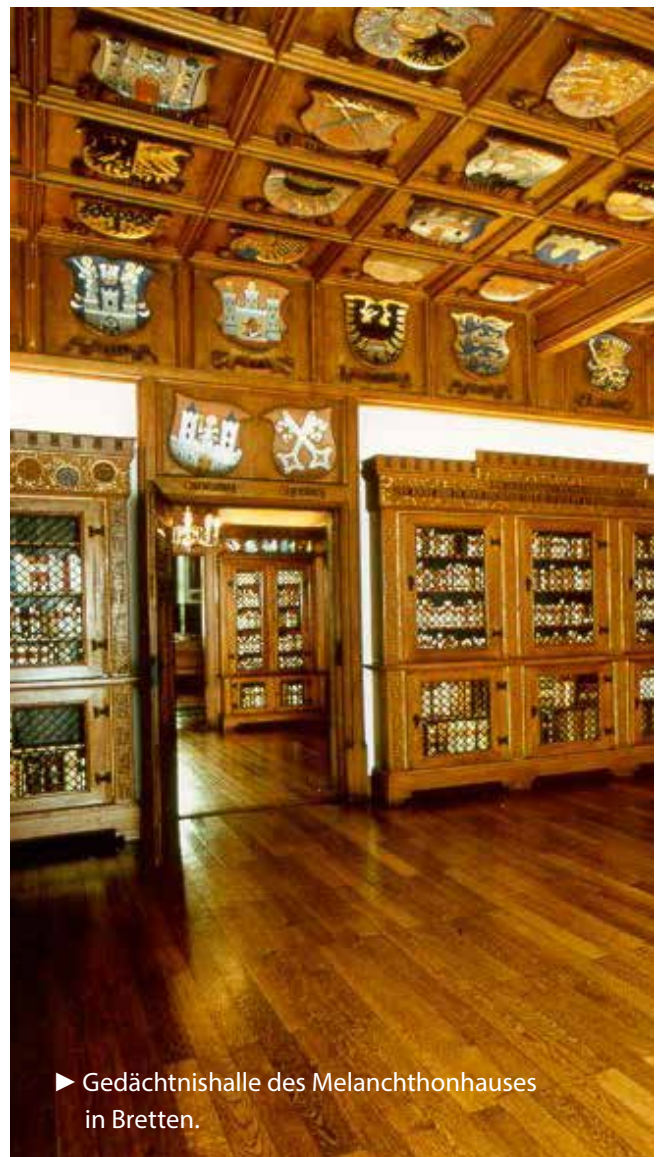
seinen Briefen bemühte sich der große Reformator und Humanist in ganz Europa um Veränderungen in Kirche, Schule und Gesellschaft. Viele dieser Reformen – vor allem im Bildungsbereich – sind noch heute erkennbar. Überall in Europa schätzte man diesen kleinen Mann aus dem heutigen badischen Bretten, dem man schon zu Lebzeiten den Ehrentitel „praeceptor Germaniae“ (Lehrer Deutschlands) gab. Selbstverständlich gingen die Studenten, die in Wittenberg studierten und nicht der deutschen Sprache mächtig waren, in den Unterricht von Melanchthon. Von hier aus führen viele Spuren nach ganz Europa, weil natürlich Melanchthons Studenten dessen Geist in ganz Europa verbreiten halfen. Zu Recht kann Melanchthon heute als ein „praeceptor Europae“ (Lehrer Europas) gelten.

Ein besonders eindrückliches Zeugnis dieser europäischen Dimension Melanchthons wird auch aus der Gedenkrede Jacob Heerbrands aus dem Jahr 1560 aus Anlass des Todes Melanchthons sichtbar: „Ihn zu hören ströhmten sie, von seinem Ruhm angezogen, aus allen Gegenden Deutschlands herbei, sogar aus fast allen Provinzen und Reichen Europas, aus Frankreich, England, Ungarn, Siebenbürgen, Polen, Dänemark, Böhmen, selbst aus Italien, ja aus Griechenland, in größter Zahl und zu allen Zeiten. Wie viele muss er im Laufe seines Lebens gehabt haben, die dankbar ihn als ihren Lehrer anerkennen und, nach allen Himmelsgegenden verstreut, die Bildungsschätze, die sie sich dort erworben haben, verwerten!“



Hochgeachtet war Melanchthon nicht zuletzt von dem französischen Reformator Johannes Calvin. In vielen Briefen und Gesprächen hatten beide – letztlich zu ihrer Zeit vergeblich – versucht, die Einheit der reformatorischen Bewegung in Europa zu erhalten. Das Scheitern dieser Bemühungen um die Einheit der Kirche hat Melanchthon bis zu seinem Tode tief verstört. Zu Recht berufen sich heute die unierten Kirchen in Europa auf diesen Mann der Einheit, des Ausgleichs und der Versöhnung. Die Erforschung des Einflusses des Humanismus und der Reformation auf die Kultur Europas – das gehört zu den zentralen Aufgaben der „Europäischen Melanchthon-Akademie in Bretten“.

Dr. Günter Frank ist Direktor der Europäischen Melanchthon-Akademie Bretten.



► Gedächtnishalle des Melanchthonhauses
in Bretten.



The Council of Europe in Strasbourg

Thinking of Europe and its political shape, we tend to focus on the European Union. But we should keep in mind that there is another European political institution that brings together much more than the 28 EU Member States, and which works and has its responsibilities in areas very close to the concerns of the Protestant churches in Europe – the Council of Europe in Strasbourg.

The Council of Europe has been setting standards in Human Rights, Rule of Law and Democratic Governance since 1949. The Organisation now brings together 47 European states in order to “achieve a greater unity between its members for the purpose of safeguarding and realising the ideals and principles which are their common heritage and facilitating their economic and social progress”. The importance of interaction and consultation with civil society was recognised early on and was formally started in 1952 with the introduction of “consultative status” for International Non-governmental Organisations (INGOs), aiming to reinforce the link between the Council of Europe and the citizens who live in its Member states.

Some 50 years later, in 2003, the quality of cooperation was up-graded to “participatory status”. Since then, “the Conference of INGOs of the Council of Europe” is the only civil society assembly that plays an institutional role within the intergovernmental international organisations”. This role can take many forms, from consultation to co-operation on specific projects, NGO nominated expert participation, oral or written statements for the Organisation’s organs. The most important one is the possibility for INGO representatives to contribute to the work of intergovernmental committees on an institutionalised or ad-hoc basis. Intergovernmental committees are the very core of Council of Europe work: it is here, that new standards first emerge and are discussed and shaped into Conventions or Recommendations of the Committee of Ministers. Intergovernmental Committees bring together experts representing Member state governments and direct interaction with them allows civil society representatives to actively participate in, and

therefore influence, the analysis and debate on society developments.

Church organisations and other bodies representing Communities of Faith are among the NGOs who make the best of these offers. As one of the more active civil society representatives, the Conference of European Churches (CEC) follows, participates in and promotes debates and action on, for example, education, bioethics, collective complaints in the framework of the Revised European Social Charter, and relevant judgements of the European Court of Human Rights. While this work is very labour intensive, it offers a real opportunity to contribute to shaping the Europe we want to live in.

Questions related to Freedom of Thought, Conscience and Religion feature regularly in the cases of the European Court of Human Rights and the debates of the Parliamentary Assembly, and the Committee of Ministers holds regular exchanges on interreligious dialogue. Churches and Communities of Faith are invaluable partners in these discussions, providing input and expertise.

Verena Taylor, Council of Europe, Director of the Office of the Directorate General of Programmes.



Reformationsstadt Europas
Cité européenne de la Réforme
European City of the Reformation

